

Bern, 11. Oktober 2018

## Liederlich, ruinös, verwerflich

Werner Gartenmann, Geschäftsführer AUNS

Mieter-Vermieter, Käufer-Verkäufer ... sie schliessen Vereinbarungen, Verträge. Die Ehe ist auch eine Art «Pakt». Schiller, «Glocke»: «Drum prüfe, wer sich ewig bindet». Naive sind bei Vertragsabschlüssen oftmals gefährdet. Denn Betrüger und Blender wittern ihre Chancen. Der Konsumentenschutz zum Beispiel kann Ungereimtheiten und Fallen aufdecken. Bürger-Politiker, Steuerzahler-Staat, Demokratie-classe politique? Wie sieht es da aus?

Der Bundesrat will den UNO-Migrationspakt unterschreiben. Der Pakt soll weltweit die Migration – es geht nicht um Flüchtlinge – in «geordnete Bahnen» lenken. Stichworte: verstärkte Integration, Antirassismus, Verhinderung illegaler Migration, Hilfe vor Ort usw. Tönt ja noch sinnvoll. Völlig unverständlich: Der Bundesrat will unterschreiben, ohne vorher präzise abzuklären, was diese neue internationale Verflechtung für die Gesetzgebung und Rechtsprechung, also für die Selbstbestimmung der Schweiz bedeutet. Wie weit wird die direkte Demokratie ausgehebelt? Was heisst «politisch aber rechtlich nicht verbindlich»? Was also bedeutet dieses «Soft-Law» für die verfassungsmässigen Mitbestimmungsrechte der Schweizerinnen und Schweizer, der Kantone?

Ein verunsicherter Aussenminister Ignazio Cassis in der NZZ vom 18.9.2018: «Der Gesamtbundesrat kann nicht ausschliessen, dass wir mit der Unterzeichnung auch Verpflichtungen eingehen, die wir vielleicht gar nicht wollen.» Und jetzt unterschreibt er einfach?

Im deutschen Entwurf des Migrationspaktes steht: «(53.) Wir ermutigen alle Mitgliedsländer, so bald wie nur möglich, praktikable, ehrgeizige nationale Schritte

zur Implementierung des Globalen Paktes zu unternehmen.» Bundesbern wird sehr ermutigt sein, den Musterschüler zu geben ... und die direkte Demokratie auf Inaktiv setzen.

1974 hat die Schweiz – ohne Volksabstimmung – die EMRK, die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet. Damals war der Konventionsinhalt weitgehend unproblematisch. Und heute? Neue Anhänge, unzählige Zusatzprotokolle und die Rechtsprechung des Gerichtshofes haben ein umfassendes Regelwerk geschaffen, über welches wir nie abstimmen konnten, das aber in unsere Gesetzgebung zunehmend eingreift. Der gleiche Vorgang droht mit dem UNO-Migrationspakt wieder.

Dieser Umgang mit der Demokratie und Unabhängigkeit ist liederlich, ruinös und verwerflich.

Die AUNS fordert vom Parlament, der Sache auf den Grund zu gehen, den UNO-Migrationspakt zu stoppen oder mindestens dafür zu sorgen, dass das Volk darüber befinden kann.

**Und helfen Sie mit, am 25. November das Ja zur Selbstbestimmung durchzusetzen. Verteilen Sie unseren «Handorgel-Prospekt». Schreiben Sie Leserbriefe. Kommentieren und teilen Sie auf den Social-media-Plattformen. Führen Sie das Gespräch. Machen Sie am 25. November viele zu aktiven Ja-Stimmenden.**

Wir brauchen einen Demokratieschutz – Konsumentenschutz lässt grüssen. Der Bürger wird von Naiven, Blendern und Betrügern zusehends über den Tisch gezogen.